

ÖGB ortet Arbeitgeberdruck auf CoV-Risikopatienten

2020-08-12 10:22

Der ÖGB vermutet, dass die Regelung zum Schutz chronisch kranker Menschen mit einem hohen Coronavirus-Infektionsrisiko nicht überall eingehalten wird. Angehörige von CoV-Risikogruppen würden teils stark unter Druck gesetzt, berichtete der ÖGB. Einige Unternehmen hätten Risikopersonen sogar den Verzicht auf die im Gesetz verankerte Dienstfreistellung nahegelegt.

Verhalten „besonders verwerflich“

„Wir haben bereits mehrere Hilferufe von Betroffenen, die mit ihrer Unterschrift bestätigt haben, dass sie trotz ihrer ärztlich bestätigten Zugehörigkeit zur Risikogruppe die Dienstfreistellung ablehnen und weiterhin zur Arbeit kommen möchten“, ärgerte sich ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian heute.

Dem ÖGB wurden entsprechende Fälle aus zwei Bundesländern gemeldet, auch die Kopie der Verzichtserklärung einer Arbeitnehmerin liege vor. „Hier werden Risikopatienten mit berechtigter Furcht vor der Ansteckung mit Corona massiv unter Druck gesetzt“, so Katzian. Angesichts der „angespannten Arbeitsmarktsituation“ sei ein solches Verhalten „besonders verwerflich“.

ÖGB: Verzichtserklärung sind Ausnahmen

Der ÖGB rät Betroffenen, „keinesfalls Verzichtserklärungen ohne Rücksprache mit ihrem Betriebsrat oder mit der zuständigen Gewerkschaft zu unterschreiben“. In Richtung der Unternehmen sagte Katzian, „Ausnahmen von der Ausnahme für Risikogruppen zu verlangen, ist rechtlich mehr als fragwürdig und moralisch verwerflich“.

Außerdem fordert der ÖGB-Präsident die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) auf, den Kampf gegen schwarze Schafe unter den Arbeitgebern zu unterstützen und sicherzustellen, dass diese Verzichtserklärungen die Ausnahme bleiben.